

Bundestag beschließt Rettungspaket für Griechenland

Wahl zwischen Pest und Cholera

Heute ist das Hilfspaket für Griechenland auf den Weg gebracht worden. Ein Hilfspaket, das auch durch die Fehl-Politik der früheren



rot-grünen Bundesregierung von Gerhard Schröder und Joschka Fischer notwendig wurde. Diese damalige Regierung hatte auf dem Beitritt Griechenlands zur Euro-Zone 2001 bestanden und 2005 die Stabilitätskriterien aufgeweicht. Die so entstandenen Schäden müssen wir heute reparieren.

Bereits 2000 hatte sich Otto Graf Lambsdorff energisch gegen den Beitritt Griechenlands ausgesprochen, weil die wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen nicht erfüllt waren. Die FDP hatte anschließend geschlossen gegen den Beitritt Griechenlands zur Euro-Zone gestimmt.

Heute gilt es nun, die Suppe auszulöffeln, die uns Rot-Grün damals eingebrockt haben. Schade, dass nicht alle Politiker dieser Parteien bereit waren, sich der Verantwortung zu stellen und die Verantwortung statt dessen weiter gegeben haben an andere Fraktionen.

Es war ein harter und langer Weg, der nun zur deutschen Zustimmung zum Rettungspaket geführt hat. In hitzigen Debatten wurden auch in der FDP-Fraktion im Vorfeld viele Fragen erörtert: Ist das Rettungspaket der richtige Weg? Welche Alternativen gibt es? Was haben die Alternativen für Konsequenzen? Was kostet die griechische Pleite Deutschland, wenn es kein Rettungspaket gibt? Die Antworten auf diese und weitere Fragen haben zum Entschluss der Bundesregierung geführt. Letztlich aber haben die gestern vom griechischen Parlament beschlossenen Sparmaßnahmen die Voraussetzung geschaffen, dass Europa helfen kann. Nur, wenn diese drastischen Maßnahmen auch wirklich greifen, gibt es eine Chance zum finanziellen Neuaufbau des Landes.

Wichtigstes Ziel der FDP ist die Stabilisierung unserer Währung - des Euro. Wir glauben, dass das Rettungspaket für Griechenland der einzige richtige Schritt auf diesem Weg ist.

Ihr Joachim Günther

Die Situation: Zahlungsunfähigkeit droht

Griechenland ist mit einem großen Haushaltsdefizit in die Rezession gegangen. Auf Grund einer schwachen Steuerpolitik und einer schwachen Steuerverwaltung gingen die Steuereinnahmen beträchtlich zurück.

Gleichzeitig jedoch stiegen die Ausgaben, vor allem bei den Löhnen und Gehältern sowie bei den Sozialleistungen – ein Zeichen schwacher Ausgaben disziplin, die zu weiteren Schulden führte. Das Defizit stieg 2009 sprunghaft auf geschätzte 13,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – 2007 betrug das Defizit 5,1 Prozent, während die öffentliche Verschuldung auf mehr als 115 Prozent des BIP wuchs.



Erst nach den Wahlen in Griechenland

2009 wurde klar, dass im Ergebnis das Haushaltsdefizit und die öffentliche Verschuldung 2008 und 2009 wesentlich schlimmer waren, als von der Vorgänger-Regierung angegeben. Eine weitere Abschwächung der Konjunktur

im laufenden Jahr wird erwartet. Das führte zu einem Vertrauensverlust, einer Steigerung der Finanzierungskosten und einen Rückgang der Wachstums- und Beschäftigungslage.

Mit der Verschlechterung der Haushaltslage gingen Abwertungen der griechischen Staatsanleihen durch die Rating-Agenturen einher. Investoren zogen sich aus griechischen Staatsanleihen zurück.

Mit den Hilfen soll Vertrauen in Griechenland zurück gewonnen werden.

Vorgehensweise: Rettung durch Bürgschaften

Die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank haben dargelegt, dass eine Finanzierung Griechenlands über den Markt nicht mehr möglich ist. Gleichzeitig wurden Bedingungen für die Hilfen festgelegt, die für die Auszahlbarkeit der notwendigen Kredite erfüllt sein müssen. Ohne ein Handeln des Internationalen Währungsfonds und der 15 Staaten des Euro-Währungsgebiets käme es zur Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, die die Finanzstabilität in der gesamten Europäischen Währungsunion angreifen würde.

Insgesamt soll Griechenland in den nächsten drei Jahren mit Krediten in Höhe von 110 Milliarden Euro unterstützt werden. Der Internationale Währungsfonds übernimmt einen Anteil von 30 Milliarden Euro. Die restlichen 80 Milliarden werden von den übrigen Eurogruppenstaaten im Rahmen von Krediten zur Verfügung gestellt. Der deutsche Anteil beträgt im ersten Jahr bis zu 8,4 Milliarden, insgesamt in den nächsten drei Jahren rund 22,4 Milliarden Euro. Der dafür notwendige Kredit soll von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden, die hierfür eine Bundesgarantie benötigt. Dafür bedarf es des Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetzes, das heute im Bundestag beschlossen wurde.

Die Finanzhilfen werden vierteljährlich ausgezahlt, aber nur dann, wenn die vereinbarten Sparmaßnahmen seitens Griechenlands eingehalten werden – etwa die der Haushaltskonsolidierung.

Die Hellenische Republik hat sich verpflichtet, 2010 mit verschiedenen Maßnahmen Einsparungen in Höhe von 2,5 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) zu erzielen. Einige sollen hier genannt werden:

- Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie der Verbrauchersteuern für Treibstoff, Tabak und Alkohol,
- Reduzierung der Lohn- und Gehaltskosten der öffentlichen Verwaltung durch eine Kürzung des Oster-, Urlaubs- und Weihnachtsgeldes und den Zulagen für Beamte,
- Abschaffung des Oster-, Urlaubs- und Weihnachtsgeldes für Pensionäre bei gleichzeitigem Schutz derer, die niedrige Renten erhalten,
- Annullierung von bewilligten Haushaltsmitteln für unvorhergesehene Ausgaben,
- Kürzung der höchsten Renten.

Griechenland verpflichtet sich außerdem, monatlich Statistiken zu Einnahmen, Ausgaben und Finanzierung des Staates sowie zu Ausgaben von offenen Zahlungen, einschließlich Zahlungsrückständen, zu veröffentlichen. Zudem soll das Land Struktur reformen durchführen, die zum Abbau von Verwaltungskosten führen.

Die Bank von Griechenland richtet im Namen der Regierung einen unabhängigen Finanzstabilitätsfonds ein, der eine starke Leitungsstruktur haben wird und als Stütze der griechischen Wirtschaft wirken soll. Unternehmensgründungen in der freien Wirtschaft sollen erleichtert werden. (7. Mai 2010)